

17. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

Bebauungsplanung für Tempelhofer Feld zurückstellen – Bürgerdialog für Zukunftsideen führen, Mediation einleiten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die beabsichtigte Beschlussfassung über die Aufstellung von Bebauungsplänen für Teilgebiete des Tempelhofer Feldes, bauvorbereitende Gutachten sowie die Beauftragung und Durchführung von Bau- und Landschaftsmaßnahmen auf der Freifläche mit Blick auf das Volksbegehren „100 % Tempelhofer Feld“ vorerst zurückzustellen.

Der Senat ist in der Pflicht, den Dialog zur Zukunft des Tempelhofer Feldes mit der Stadtöffentlichkeit unter Einbeziehung der Initiator/-innen und Unterstützer/-innen des Volksbegehrens neu aufzunehmen und ein gemeinsames Konzept für eine partizipative Begleitung und Steuerung des weiteren Planungsprozesses zu erarbeiten.

Für das Tempelhofer Feld ist ein Mediationsverfahren auf den Weg zu bringen, welches alle relevanten gesellschaftlichen Akteure (u.a. 100 % Tempelhofer Feld e.V., Runder Tisch Liegenschaftspolitik, Initiativen gegen das Vergessen wie den Mieterrat Chamissoplatz e.V., Umwelt- und Naturschutzverbände, Landessportbund), die angrenzenden Bezirke, die Tempelhof Projekt GmbH, die BIM und die Grün Berlin GmbH einbezieht.

Begründung:

Ende 2012 startete das Volksbegehren „100 % Tempelhofer Feld“. Parallel dazu kündigt der Senat Aufstellungsbeschlüsse von Bebauungsplänen für das 1. Quartal 2013 an, obgleich das Volksbegehren mit der Ablehnung jeglicher Bebauung erkennbar andere Ziele als der Senat verfolgt.

Eine Verständigung über gemeinsam tragbare Ziele ist daher notwendig. Die Erfahrungen mit erfolgreichen Bürger- und Volksbegehren sollten alle Akteure der Stadtpolitik lehren, dass es besser ist, am Anfang zu streiten und in konstruktivem Dialog nach gemeinsamen Strategien zu suchen.

Ein Bekenntnis zu mehr Bürgerbeteiligung steht auch in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU. Mehr Partizipation an der künftigen Gestaltung des Tempelhofer Feldes ist daher die Probe aufs Exempel.

Eine Mediation würde für die bereits festgefahrenen Konflikte zwischen der Planung der Tempelhof Projekt GmbH und den Forderungen von Initiativen, Bewegungen und Verbänden eine geregelte Form der Kommunikation herstellen. Dadurch könnten konstruktive Lösungen für die künftige Entwicklung der stadtweit bedeutenden Fläche gefunden werden.

Am Ende des Prozesses steht möglicherweise eine Vereinbarung, die gesellschaftlich konsensfähig ist. Das Beispiel der Mediation am Landwehrkanal zeigt, dass ein derartiges Verfahren die Akteure in das Verfahren einbindet, alle Belange aufgreift und zu konsensualen und darüber hinaus preiswerteren Lösungen führen kann.

Berlin, d. 20. Februar 2013

U. Wolf K. Lompscher M. Platta
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke